



Subsidiarität und Demokratie

von Martin G. Petrowsky

Angesichts der aktuellen Wahlen zum Europa-Parlament scheint es angebracht, ausnahmsweise auch im *Zaunkönig* ein politisches Thema anzuschneiden. Im Vorfeld dieser Wahlen wurden europaweit Millionen Euro ausgegeben, um die offensichtlich überwiegend skeptischen Stimmberechtigten zur Teilnahme zu motivieren – ein Zeichen dafür, dass die Bürger von der Problemlösungskompetenz multinationaler Institutionen nicht wirklich überzeugt sind.

In der öffentlichen Argumentation wird aber auf die wesentlichen Ursachen des Unbehagens nicht eingegangen:

* Viele der von EU, WTO oder GATT vorgenommenen Regulierungen dienen nicht dem Wohl der Mehrheit der davon betroffenen Menschen, sondern sind das Ergebnis effizienten Lobbyings durch Gruppierungen, die ihre Einzelinteressen vertreten. (Beispiele: die umstrittene Glühbirnen-Umstellung oder die Verhinderung einer Besteuerung des Güterverkehrs im Sinne von Kostenwahrheit und Ökologie.)

* In vielen Bereichen wird die Politik der EU durch ideologische Zielvorstellungen, die oft zu Lasten pragmatischer Problemlösungen gehen, bestimmt. (Etwa, wenn aufgrund eines generellen „Diskriminierungsverbots“ eheliche Gemeinschaften nicht mehr als gesellschaftlich wünschenswerte Lebensform gefördert werden dürfen oder wenn dank des „Grundrechts auf freie Meinungsäußerung“ eine Kontrolle des Internet zum Schutz der Bevölkerung – vor allem auch der Jugend – vor Gewaltverherrlichung, Pornografie, Verhetzung usw. ausgeschlossen wird.)

* Unterschiedliche Traditionen, Kulturen, Topografien, Mentalitäten erzeugen unterschiedlichen Regulierungsbedarf. (Wenn Politiker heute oftmals zugeben, die zur Beschlussfassung vorgelegten Texte im Detail gar nicht zu kennen, und wenn immer wieder bekannt wird, dass sich Politiker, aus Parteidisziplin, über die Empfehlungen der kompetenten Beamten hinwegsetzen, darf nicht verwundern, dass sich die Bürger schlecht vertreten fühlen.)

Wo läge die Lösung des Problems?

Das Schlüsselwort heißt *Subsidiarität*. Danach sollen Entscheidungen auf der untersten jeweils als geeignet erkannten Ebene getroffen werden. Die konsensuale Festlegung der richtigen Entscheidungsebene stellt dabei

allerdings die größte Schwierigkeit dar!¹

Natürlich bringt Subsidiarität eine Vielzahl von unterschiedlichen Lösungen für ein und dasselbe Problem und damit erhöhte Kosten – das Scheitern einer Lösung richtet allerdings auch nur sehr begrenzten Schaden an. Und Subsidiarität ist auch die einzige Chance für die dauerhafte Verankerung demokratischer Prinzipien in einer Gesellschaft: Wenn sich ständig Bürgermeister auf das Bundesland, Landespolitiker auf die Bundesregierung, Bundespolitiker auf die EU ausreden, brauchen sie sich über die Wahlabstinz der Bürger nicht zu wundern. Daher benötigen die zu wählenden Politiker einen klar erkennbaren Handlungsspielraum, und sie müssen sich der entsprechenden Verantwortung auch stellen – sonst wird das Demokratie-Gebäude zum Potemkinschen Dorf!²

Es ist völlig unbestritten, dass Maßnahmen zum Abbau von nationalen, ethnischen oder religiösen Egoismen als wesentlichster Beitrag zur Erhaltung des inneren und äußeren Friedens angesehen werden können – in diesem Sinn ist die Verschmelzung der einst oft verfeindeten Staaten Europas zu einem gleichen ethischen Prinzipien verpflichteten Staatenbund tatsächlich ein epochales Friedensprojekt.

Eine offensichtlich ebenso wahre Tatsache gilt heute aber als „politisch nicht korrekt“, und ich habe vor einigen Monaten die Zivilcourage des berühmten Verhaltensforschers Irenäus Eibl-Eibesfeldt sehr bewundert, der das Ergebnis seiner jahrzehntelangen Beobachtung so zusammenfasste:

* Der Mensch ist „von Natur“ ein Kulturwesen.

* Daraus ergibt sich die Notwendigkeit von Solidargemeinschaften – das familiäre „Wir“ muss auf die Gesellschaft, in der der einzelne lebt, übertragen werden können.

* Heimatgefühl und Lokalpatriotismus (also Identifikation mit der subjektiv überschaubaren Umwelt) dienen daraufhin als Basis für die Akzeptanz eines übergeordneten politischen oder sozialen Systems (Sprachgruppe, Land, Kontinent ...).

Wäre es nicht an der Zeit, dem kontraproduktiven Schwarz/Weiß-Denken (international = gut, regional = schlecht) die gezielte Propagierung des Subsidiaritätsprinzips entgegenzustellen?

>>>



- 1 Die aktuelle weltweite Wirtschaftskrise zeigt eindrücklich, dass zu komplexe Systeme von der Politik nicht mehr kontrolliert werden können. Schon vor 35 Jahren hat E. F. Schumacher darauf hingewiesen, dass nachhaltiges Wirtschaften nur durch Rückkehr zu überschaubaren Einheiten (*small is beautiful*) erreicht werden kann.
- 2 Wenn z. B. wesentliche Fragen der alpinen Landwirtschaft von der flachlandbewohnenden Mehrheit eines Staates durchaus demokratisch so entschieden werden, dass die Lebensgrundlagen der Bergbauern massiv gefährdet sind, hat man das Ziel demokratischer Gesellschaftsentwicklung weit verfehlt. Die Position einer Minderheit wird i. d. R. nur auf regionaler Ebene auf Verständnis stoßen.